



peace brigades international

Jahresbericht 2013





Liebe Spenderinnen und Spender, liebe Freundinnen und Freunde

2013 gab es auf der politischen Ebene auch Anlass zur Hoffnung: Friedensverhandlungen in Kolumbien, den Prozess gegen Ex-Diktator Ríos Montt in Guatemala, Prozesse vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen den kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta und seinen Vize William Ruto, erneute Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Nepal und ein Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen in Mexiko. AktivistInnen und soziale Bewegungen sind jedoch weiterhin von Verfolgung, Vertreibung und Kriminalisierung bedroht. Umso bemerkenswerter ist daher ihr Mut, sich von den Repressionen nicht einschüchtern zu lassen und unbeirrt ihre Arbeit fortzusetzen. „Ich bin vorsichtig optimistisch hinsichtlich der Friedensverhandlungen“, so der kolumbianische Aktivist Abilio Peña von der Ökumenischen Kommission Justicia y Paz bei seinem Besuch in Deutschland. Und dies obwohl mehrere Mitarbeiten-

de der Organisation 2013 Opfer von Übergriffen geworden sind.

Sie haben mit ihrer Förderung oder Ihrer Spende einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass pbi weiterhin an der Seite der Menschen ist, die mit ihrem Mut und ihrem Einsatz für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung eintreten. Hierfür möchten wir Ihnen im Namen all der MenschenrechtsverteidigerInnen und aller Aktiven von pbi danken. Auf den folgenden Seiten erhalten Sie einen kurzen Überblick, in welchen Ländern wir im Jahr 2013 tätig waren, welche MenschenrechtsverteidigerInnen wir begleiteten und wofür sich diese einsetzten.

Alex Klüken

Koordinator pbi Deutschland





Kolumbienprojekt

► **Trotz laufender Friedensverhandlungen hat sich in Kolumbien der bewaffnete Konflikt zwischen Guerrillagruppen, Paramilitärs und regulären Streitkräften im vergangenen Jahr fortgesetzt.** Immer wieder gerät dabei die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten und leidet unter gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Es gab zahlreiche Initiativen aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung des Friedensprozesses. In regionalen Foren wurden Forderungen an die VerhandlungsführerInnen in Havanna erarbeitet. Anfang April demonstrier-

ten eine Million KolumbianerInnen für den Frieden. Bisher wurden in den Friedensverhandlungen lediglich Teilergebnisse erzielt. Ungeachtet dessen kam es weiterhin zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Das Kolumbienprojekt erstellte Fotoberichte und Videos, die im Internet auf der Seite des Projektes in englischer und spanischer Sprache veröffentlicht sind.

Aus Deutschland waren Moritz Hartnagel, Patricia Goethe, Bianca Bauer, Daniel Barrera, Guido Cenni, Maria Luisa Ferraiuolo als ZFD-Friedensfachkräfte sowie Miriam Heins und Stephan Kroener als Freiwillige im Kolumbienprojekt.

Begleitete Organisationen

Überwindung der Straflosigkeit

- ▶ CREDHOS - Regionale Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte
- ▶ CCAJAR - Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo
- ▶ COS-PACC - Soziale Vereinigung für Beratung und Befähigung von Gemeinschaften
- ▶ FCSPP - Solidaritätskomitee für politische Gefangene
- ▶ CJL - Anwaltskollektiv „Corporación Jurídica Libertad“
- ▶ CCALCP - Anwaltskollektiv Luis Carlos Pérez
- ▶ Claudia Julieta Duque (Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin)
- ▶ Jorge Molano - Anwalt und Menschenrechtsverteidiger
- ▶ Movice - Nationale Staatsopferbewegung

Menschenrechte

- ▶ Friedensgemeinde San Jose de Apartado
- ▶ CIJP - Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden

Ökonomische Interessen

- ▶ ACVC - Bauernvereinigung aus dem Tal des Cimitarra-Flusses
- ▶ NOMADESC - Verein für soziale Forschung und Aktion

Mexikoprojekt

► Im Oktober 2013 musste sich Mexiko dem allgemeinen Prüfverfahren vor dem UN-Menschenrechtsrat unterziehen. Die mexikanische Regierung wurde aufgefordert, das Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen, das seit 2012 in Kraft ist, umzusetzen. Denn auch unter der Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto sind AktivistInnen in Mexiko Drohungen, willkürlichen Verhaftungen, Mord und gewaltsamem Verschwindenlassen ausgesetzt. Das pbi-Mexikoprojekt hat angesichts der hohen Sicherheitsrisiken für AktivistInnen seine Arbeit 2013 auf die Bundesstaaten Chihuahua und Coahuila ausgeweitet. Nach UN-Angaben zählen die beiden Bundesstaaten zu den gefährlichsten Regionen in Mexiko. Doch auch in Oaxaca werden MenschenrechtsverteidigerInnen bedroht und angegriffen. Insbesondere AktivistInnen, die bei der Planung von Megaprojekten die Berücksichtigung der Rechte der indigenen Gemeinden einfordern, sind davon betroffen.



Über die deutsche Ländergruppe waren Rubens da Silva und Ben Leather als ZFD-Kräfte sowie Jannika Römminger als Freiwillige im Einsatz.

Begleitete Organisationen

Menschenrechte

- Tlachinollan - Menschenrechts- und Rechtshilfeszentrum in Guerrero
- Menschenrechtszentrum Paso del Norte
- Menschenrechtszentrum Juan Gerardi
- Diözesanzentrum für Menschenrechte - „Fray Juan de Larios“

Frauen- und Gleichstellungsbewegungen, Randgruppen

- OPIM - Vereinigung der Me'phaa-Indigenengemeinschaft

- Die Migrantenherberge „Hermanos en el Camino“
- Migrantenherberge Saltillo

Überwindung der Straflosigkeit

- AFADEM - Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten und Verschwundenen sowie Opfern von Menschenrechtsverletzungen
- BARCA-DH - Regionales Menschenrechtszentrum Bartolomé
- CODIGO-DH - Komitee der Verteidigung der Menschenrechte
- Comité Cerezo - Komitee für die Rechte politischer Gefangener
- Familienorganisation „Pastas de Conchos“
- EDUCA - Alternative Bildung



Guatemalaprojekt

► In Guatemala war das Jahr 2013 von dem Prozess gegen den Ex-Diktator José Efraín Ríos Montt geprägt. Er wurde im Mai zu 80 Jahren Haftstrafe wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Ein historisches Ereignis, denn nie zuvor wurde ein Staatsoberhaupt durch die Justiz des eigenen Landes wegen solcher Verbrechen strafrechtlich belangt. Kurz darauf wurde das Urteil gegen Ríos Montt jedoch durch den Verfassungsgerichtshof des Landes wegen Verfahrensfehlern wieder aufgehoben. Der Prozess muss nun neu aufgerollt werden. Der Anwalt Edgar Pérez vertritt in dem Verfahren die

Opfer und ist eine der Schlüsselfiguren in den Bemühungen um eine Beendigung der Straflosigkeit in Guatemala. pbi hat ihn im vergangenen Jahr deswegen intensiv begleitet.

Darüber hinaus waren vor allem Konflikte um Landrechte und Vertreibung sowie Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Mega-Projekten Gründe für die Bedrohung von guatemaltekeischen MenschenrechtsverteidigerInnen.

Von der deutschen Ländergruppe wurden Johannes Stiebitz, Jacqueline Bartsch, Felix Weiß, Melanie Rücker als Freiwillige sowie Silvia Weber als Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) nach Guatemala entsendet.

Begleitete Organisationen

Überwindung der Straflosigkeit

- CONAVIGUA - Nationale Koordination der Witwen Guatemalas
- Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila und die Anwaltskanzlei für Menschenrechte BDH
- AHPN - Historisches Nationalarchiv der Nationalpolizei
- UDEFEGUA - Organisationseinheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen

Landrechte

- Gemeinderat der Cunén
- UVOC - Union der Bauernorganisationen von Verapaz
- „Die 12 Gemeinden von San Juan Sacatepéquez“

Umweltschutz und Ressourcen

- AMISMAXAJ - Verein der indigenen Frauen von Santa María Xalapán
- APMG - Vereinigung zum Schutz des Gradillas-Massivs
- Gemeinden im friedlichen Widerstand La Puya
- CCCND - Zentrale Bauernorganisation „Chorti Nuevo Día“
- CPK - „K'iche Peoples Council“

Nepalprojekt

► Die Menschenrechtssituation in Nepal blieb angespannt, im vergangenen Jahr kam es zu mehreren Vergehen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen. Auch kann die geplante Wahrheits- und Versöhnungskommission ihrer Arbeit nicht ungehindert nachgehen. Für pbi wurde es zunehmend schwerer, die Schutzbegleitung weiter effektiv auszuführen und das Projekt unter einem legalen Status fortzusetzen. Ende des Jahres beendete pbi deshalb vorerst die Arbeit in Nepal. Die Verbindung zum Land bricht aber mit dem Ende der aktuellen Projektarbeit nicht ab. Der von pbi entwickelte „NepalMonitor“ wird von einer lokalen Organisation weitergeführt. NepalMonitor ist ein System, das lokale Organisationen auf Sicherheitsrisiken und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam macht und den AktivistInnen ermöglicht, sich untereinander auszutauschen. Auch in 2014 wird pbi mit den lokalen Organisationen zusammenarbeiten und den NepalMonitor weiter unterstützen.



Weitere Projekte

Kenia

► **Die mit Spannung erwarteten Wahlen im März verliefen überwiegend friedlich.** Ihr Ausgang war jedoch äußerst umstritten. Nachdem Klagen gegen das offizielle Ergebnis vor dem höchsten Gerichtshof abgewiesen wurden, stand Uhuru Kenyatta als neuer Präsident fest. Genau wie sein Vize William Ruto ist Kenyatta beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag als Drahtzieher der Gewalt nach den Wahlen 2007 angeklagt. MenschenrechtsverteidigerInnen, die mit dem Gerichtshof kooperierten, sowie Zeuginnen wurden bedroht.

Ebenso kam es zu außergerichtlichen Hinrichtungen seitens der Sicherheitskräfte, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“, der nach dem Anschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi im September verstärkt wurde. 2013 hat das erste pbi-Team in Kenia seine Arbeit aufgenommen. Land-

rechte und Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei stehen im Mittelpunkt des Keniaprojekts. Dabei wird die besondere Rolle von weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen als Opfer, aber auch als Akteurinnen der Veränderung berücksichtigt.

pbi entsandte Anika Becher als ZFD-Friedensfachkraft sowie Alex Klücken und Sabine Günther als Freiwillige ins Team.

Honduras

► **Die Menschenrechtslage in Honduras hat sich 2013 mit einem Anstieg der Gewalt und der weit verbreiteten Straflosigkeit verschlechtert.** Nach Berichten von Amnesty International ist besonders problematisch, dass Polizei und Armee selbst zur Zunahme der Gewalt beitragen, sich aber praktisch nie für ihre Übergriffe verantworten müssen.

Im November 2013 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen nach dem Putsch in 2009 statt, aus denen die konservative Nationale Partei als Sieger hervorging. Die Wahlen wurden überschattet von Drohungen,

Übergriffen und Morden an Oppositionellen. Das Ergebnis wurde von der Opposition aufgrund mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschung angezweifelt. MenschenrechtsaktivistInnen beobachteten mit großer Sorge, dass im Vorfeld der Wahlen Menschenrechtsorganisationen und ihre Arbeit öffentlich diffamiert wurden. Friedliche Proteste gegen Megaprojekte, etwa der Gemeinden in Río Blanco, die sich gegen den Bau eines Wasserkraftwerks am Gualcarque-Fluss zur Wehr setzen, werden kriminalisiert.

pbi hat 2013 mit der Arbeit in Honduras begonnen und ein erstes Team von Freiwilligen ist im September ausgereist, unter denen auch Sarah Fritsch aus Deutschland ist. Ziel ist es, 2014 die Begleitarbeit aufzunehmen.

Indonesien

► **2013 haben sich die Planungen für ein neues Projekt in Indonesien konkretisiert.** pbi wird ab 2014 gemeinsam mit der anerkannten Menschenrechtsorganisation Elsam in Jakarta

ein Trainingsprogramm für MenschenrechtsaktivistInnen aus der Provinz Papua anbieten. Zusammen mit Elsam wurde im vergangenen Jahr ein mehrmonatiger Kurs entwickelt mit dem Ziel, die AktivistInnen in ihrem Einsatz für die Menschenrechte zu stärken und ihre Sicherheitssituation zu verbessern. Unverändert leiden MenschenrechtsverteidigerInnen in Papua unter Repressionen und Einschüchterungen. Zahllose Verhaftungen bei friedlichen Demonstrationen zeugen davon, dass die Polizei immer wieder versucht, Kundgebungen in ganz Papua zu verhindern.

Das gemeinsame Programm in Indonesien ist ein Pilotprojekt für pbi, das vielleicht auch auf andere Länder, in denen die Schutzbegleitung nicht möglich ist, übertragen werden kann.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter www.pbi-deutschland.de

Aktivitäten in Deutschland

► Bei zahlreichen Aktivitäten vertraten Ehren- und Hauptamtliche pbi und konnten die Idee der Gewaltfreiheit und den Einsatz für Menschenrechte weitertragen: bei Vorträgen, Infoständen, Seminaren, Filmvorführungen, Gesprächen mit PolitikerInnen, in der Bildungsarbeit oder bei der Netzwerkarbeit.

Seit einigen Jahren rückt das Verhältnis von Wirtschaft und Menschenrechten immer mehr in den Fokus. pbi begleitet zunehmend AktivistInnen, die sich für ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie den Schutz der natürlichen Ressourcen engagieren und sich gegen Megaprojekte wehren. In Abstimmung mit den Projekten und den anderen Ländergruppen hat pbi Deutschland diese Problematik in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern und in die Netzwerke eingebracht. Langfristiges Ziel ist, dass die Staaten die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von

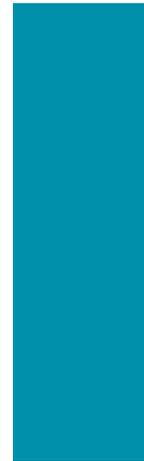


Unternehmen verbindlich festzuschreiben, um Betroffenen eine Grundlage zu schaffen, sich gegen Menschenrechtsverletzungen zu wehren.



Einnahmen

1.372.000 €



129.000 €

87.000 €

Gesamt: 1.588.000 €

- Zuschüsse von öffentlichen und privaten Institutionen (z.B. BMZ, AA, EED, Misereor, Diakonisches Werk, Stiftungen)
- Mitgliedsbeiträge, Einzel- und Dauerspenden
- Sonstige Einnahmen (Teilnahmegebühren, Honorareinnahmen, Materialverkauf etc.)

Ausgaben insgesamt

1.074.000 €



Gesamt: 1.625.000 €

Ausgaben Inland

551.000 €



Gesamt: 551.000 €

- Auslandsprojekte
- Inland

- 355.000 € Personalkosten
- 77.000 € Verwaltungskosten
- 63.000 € Honorarkosten
- 30.000 € Reisekosten/ Werbe- und Verpflegungskosten
- 26.000 € sonstige Kosten

Geldgeber und Förderer im Jahr 2013

► Wir bedanken uns bei allen Geldgebern und Förderern, Spenderinnen und Spendern, ohne deren Unterstützung die Arbeit von pbi-Deutscher Zweig e.V. nicht möglich gewesen wäre. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei all den Menschen, die durch ihr ehrenamtlichen Engagement und ihren Enthusiasmus pbi erst so lebendig und erfolgreich gemacht haben.

► Nordeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung



► Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst



► Ziviler Friedensdienst



► Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit



► GLS Treuhand

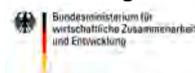
► Katholischer Fonds



► Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen Kirche



► Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



► weltwärts



► Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa, Förderprogramm Zivik - Zivile Konfliktbearbeitung)



► Auswärtiges Amt



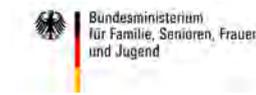
► Diakonisches Werk der EKD



► Engagement Global



► Kinder- und Jugendplan des Bundes. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



► Vereinigte Evangelische Mission

Impressum

- peace brigades international – Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
- Tel. 040 – 3 89 04 37 – 0
- Fax 040 – 3 89 04 37 – 29
- www.pbi-deutschland.de
- info@pbi-deutschland.de
- V.i.S.d.P.: Holger Harms